

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 09.05.2017

Gettos vermeiden - Wohnsitzauflage jetzt!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Mit dem Bundes-Integrationsgesetz wurde im Sommer 2016 eine Wohnsitzregelung beschlossen. Diese ermöglicht es, Flüchtlingen und anerkannten Asylbewerbern einen geeigneten Wohnsitz in Deutschland zuzuweisen. Dadurch werden die Integration der Schutzsuchenden in den Kommunen erleichtert und soziale Brennpunkte oder Gettobildungen vermieden.

Die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt haben daraufhin Regelungen zur Wohnsitznahme anerkannter Asylbewerber innerhalb ihrer Länder getroffen.

Die kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens sprechen sich jedoch für Regelungen für Wohnsitzauflagen in Niedersachsen aus.

Die Stadt Salzgitter ist gegenwärtig mit einem deutlich überdurchschnittlichen Zuzug syrischer Flüchtlinge konfrontiert. Sie drängt daher besonders auf die Einführung von Wohnsitzauflagen in Niedersachsen. In Salzgitter haben inzwischen mehr syrische Flüchtlinge ihren Wohnsitz genommen als in Hannover. Auch aus Wilhelmshaven und Delmenhorst wird von einem gestiegenen Zuzug syrischer Flüchtlinge berichtet.

Die Landesregierung lehnt jedoch Auflagen für anerkannte Asylbewerber zur Wohnsitznahme gegenwärtig ab. Auf das Drängen der Stadt Salzgitter hat sie die erneute Prüfung angekündigt. Diese Prüfung kostet jedoch weitere Zeit, während andere Bundesländer bereits gute Erfahrungen machen.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

1. in Niedersachsen die Erteilung von Wohnsitzauflagen auch für anerkannte Flüchtlinge einzuführen,
2. kurzfristig konkrete Maßnahmen zu initiieren, um die Bildung von neuen sozialen Brennpunkten und die Verschärfung der Lage an bestehenden sozialen Brennpunkten durch den Zuzug von anerkannten Flüchtlingen zu verhindern.

Begründung

Asylbewerber werden bei ihrer Ankunft auf Kommunen im ganzen Land verteilt. Damit wird zunächst eine gleichmäßige Verteilung erreicht. Dies fördert die Integration.

Gegenwärtig ist jedoch festzustellen, dass anerkannte Asylbewerber sich später neue Wohnorte suchen. Dabei sind der örtliche Wohnungsmarkt und das Vorhandensein von größeren Gruppen von Flüchtlingen der eigenen Nationalität von großer Bedeutung. Die Flüchtlinge sammeln sich in größeren Städten mit vorhandenen „Communities“ an. Der Anschluss an solche „Communities“ ist verständlich, behindert aber das Erlernen der deutschen Sprache und damit die Integration.

Freistehender Wohnraum findet sich darüber hinaus vor allem in Wohngebieten, die bereits jetzt einen hohen Migrantenanteil und soziale Probleme aufweisen. Dies verschärft die Situation in den betroffenen Wohngebieten und behindert ebenfalls die Integration. Hingegen gelänge die Integrati-

on in Gesellschaft und Arbeitsmarkt im ländlichen Raum besser. Aus diesen Gründen stimmten die Bundestagsfraktionen von CDU, CSU und SPD der Einführung von Wohnsitzauflagen zu.

Der damalige SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel sprach sich bereits im Januar 2016 für Wohnsitzauflagen aus. Focus-Online berichtete am 10.01.2016 hierzu von folgenden Aussagen Gabriels:

„Ich glaube, wir brauchen eine Wohnsitzauflage. Sonst ziehen die Menschen - auch die anerkannten Asylbewerber - alle in die Großstädte.“ Da ballten sich Schwierigkeiten, „und wir kriegen richtige Gettoprobleme.“

Der niedersächsische Ministerpräsident Weil forderte laut *Nordwest-Zeitung* vom 06.01.2016 die Residenzpflicht für Flüchtlinge. Zu viele Flüchtlinge würden laut Weil in der *Nordwest-Zeitung* in Städte und Ballungsgebiete drängen und zu wenige in den ländlichen Raum. Später hat er jedoch aufgrund des Widerspruchs der grünen Koalitionäre hiervon Abstand genommen.

Eine Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge, die keiner sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, ist im Interesse der Flüchtlinge. Sie ist richtig und vertretbar. Zu Recht erlöschen Wohnsitzauflagen, wenn die Flüchtlinge für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen.

Bereits in der jüngeren Vergangenheit gab es solche Auflagen für deutschstämmige Aussiedler. Nach Aussage vieler, die hiervon betroffen waren, war dies das Beste, was ihnen passieren konnte. Im Sinne der gelingenden Aufnahme von Flüchtlingen sollte auch Niedersachsen die rechtlichen Möglichkeiten nutzen und Städte, wie z. B. Salzgitter, damit erheblich entlasten.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer